



Berlin, 11.10.2024

Gemeinsame Pressemitteilung BARE Bündnis und Flüchtlingsrat Berlin

BARE Bündnis und Flüchtlingsrat Berlin fordern: Keine populistischen Schnellschüsse auf dem Rücken von geflüchteten Menschen!

Nachdem sich am gestrigen Donnerstag die Innenminister*innen der EU auf noch weitreichendere Verschärfungen im Asylrecht ideologisch verständigt haben, fordern das BARE Bündnis und der Flüchtlingsrat Berlin dringend, die jüngsten Gerichtsurteile des Europäischen Gerichtshofs bezüglich sicherer Herkunftsstaaten und Verfahren zur Einstufung als solcher endlich ernst zu nehmen.

Die Republik Moldau wurde im vergangenen November zusammen mit Georgien in Deutschland zum so genannten sicheren Herkunftsland erklärt, womit Asylverfahren beschleunigt werden sollten, Menschen pauschale Arbeitsverbote erteilt bekamen und Hürden für Abschiebungen in jene Länder noch einmal verringert werden sollten, was von Bundesinnenministerin Faeser als großer „Erfolg“ der Beschränkung „irregulärer Migration“ gewertet wurde. Nun kam es zu einem Urteil des EuGH, welches diese Einschätzung revidiert: Am Freitag fiel das Urteil in Luxemburg, dass ein Drittstaat nur als „sicherer Herkunftsstaat“ eingestuft werden kann, wenn die entsprechenden Bedingungen im gesamten Hoheitsgebiet des Staates erfüllt sind. Dies trifft auf Moldau nicht zu, denn die abtrünnige Region Transnistrien steht unter starkem russischen Einfluss und wird von Russland immer wieder instrumentalisiert, um seinen Einfluss in der Region geltend zu machen.

Bereits im letzten Jahr hatten deshalb das BARE Bündnis und der Flüchtlingsrat, mit Unterstützung von Elif Eralp, der Sprecherin für Migration, Partizipation und Antidiskriminierung der Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus von Berlin, mehrfach auf die fatalen Zustände in Moldau für Roma* hingewiesen und die Innensenatorin Spranger in einem Offenen Brief aufgefordert, sich für ein Bleiberecht für Roma* aus Moldau oder wenigstens einen Abschiebestopp nach Moldau einzusetzen, gerade vor dem Hintergrund der Geschichte der Verfolgung und Ermordung von Roma* durch die Nazis. – erfolglos, Abschiebungen aus Berlin fanden nahezu wöchentlich statt, angeheizt von der „sicheren Herkunftsstaat- Debatte“. Doch jetzt kommt wieder Bewegung in den Diskurs.

Ein Mann aus Moldau hatte Asyl in Tschechien ersucht, welches abgewiesen wurde mit der Begründung, es handele sich um einen sicheren Herkunftsstaat. Das Urteil des EuGH belegt, was unzählige Menschenrechtsorganisationen- und Aktivist*innen schon lange

bekräftigten: dies trifft für Moldau nicht zu. Allein wegen des russischen Einflusses sind die Rechte vieler Gruppen wie Angehöriger der LGBTQI+ Community gefährdet. Zusätzlich sind vor allem Roma* in Moldau täglich staatlicher und individueller Diskriminierung ausgesetzt: Der gesellschaftliche und institutionelle Antiziganismus ist tief verwurzelt und reicht viele Jahrhunderte zurück. Trotz dieser Tatsache und der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber den Angehörigen der Roma* schiebt Berlin vermehrt nach Moldau ab; 2023 betraf dies 684 Menschen. Spätestens jetzt ist klar: Deutschland darf nicht mehr undifferenziert nach Moldau abschieben; Menschen, die von dort flüchten, haben das Recht auf faire Asylverfahren und Darlegung ihrer Fluchtgründe.

Und auch bei einem weiteren Land, welches in Deutschland schon lange auf der Liste der so genannten sicheren Herkunftsstaaten steht, ist ein Verfahren vom VG Berlin an den EuGH übergeben worden, hierbei handelt es sich um die Bewertung des Staates Senegal als ein „sicheres Herkunftsland“. (<https://www.asyl.net/rsdb/m32378>)

Es bestätigt sich hier, was Verbände und Zivilgesellschaft immer wieder darlegen: Asylrecht ist kein Wunschkonzert populistischer Stimmungen, Asylrecht ist Menschenrecht.

Wir fordern daher: eine Neubewertung der Sachlage auf Bundesebene und einen Stopp der immer angeheizteren Debatte um Migration und Flucht. Weiterhin appellieren wir an die Verantwortlichen in der Politik: besinnen Sie sich auf rechtsstaatliche Prinzipien und Verfahren und gegen populistische Scheinlösungen, die dann in jahrelangem Kampf auf dem Rücken der Betroffenen wieder korrigiert werden müssen!

Pressekontakt: Alina Oftadeh (BARE), presse@bare.berlin
Emily Barnickel (Flüchtlingsrat Berlin), barnickel@fluechtlingsrat-berlin.de , 015785957027